

**Landeshauptstadt Stuttgart
Haupt- und Personalamt
Dienststelle Innere Stadtbezirke**

Bürgerversammlung 2014

Stuttgart-Süd

Niederschrift

**Datum: 7. April 2014
Ort: Altes Feuerwehrhaus Heslach
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21.05 Uhr**

Niederschrift über die Bürgerversammlung für den Stadtbezirk Stuttgart-Süd am Montag, 7. April 2014

Vorsitzender: Oberbürgermeister Fritz Kuhn

Nachdem Herr Bezirksvorsteher Kellermann die Besucher gebeten hat, Platz zu nehmen, begrüßt er Herrn Oberbürgermeister Kuhn, die Herren Bürgermeister Hahn (Referat für Städtebau und Umwelt), Wölfle (Referat für Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser) sowie die Bürgermeisterinnen Frau Dr. Eisenmann (Referat Kultur, Bildung und Sport) und Frau Fezer (Referat Soziales, Jugend und Gesundheit). Herr Erster Bürgermeister Föll (Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen), Herr Bürgermeister Dr. Schairer (Referat Recht, Sicherheit und Ordnung) und Herr Bürgermeister Thürnau (Technisches Referat) seien entschuldigt. Weiter begrüßt er als Vertreterin des Landes Frau Muhterem Aras (MdL, Bündnis 90/DIE GRÜNEN), die Gemeinderäte Herrn Conz (FDP), Herrn Reißig (SPD), Frau Dr. Blind (SPD) sowie Herrn Adler (SÖS/LINKE) und Herrn Pätzold (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Ebenso heißt Herr Bezirksvorsteher Kellermann Herrn Möhrle, den Bezirksvorsteher West (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), und seinen Vorgänger Herrn Jedtke (SPD) willkommen, über dessen Kommen er sich besonders freue. Anschließend begrüßt er alle Bezirksbeiräte und deren Stellvertreter sowie die neu gewählten Vertreter/innen des Jugendrats. Ein besonderer Gruß gelte den Menschen im Stadtbezirk, die sich im Stadtbezirk engagierten.

Der Stadtbezirk Süd sei in den letzten Jahren ein ausgesprochen beliebter Stadtbezirk geworden. Dies könne man an den Zuzügen sowie an der regen Wohnungsnachfrage sowie leider auch an der dadurch entstehenden Folgeerscheinung der Mieterhöhungen feststellen. Den Menschen gefalle im Süden einerseits die lebendige Urbanität und auf der anderen Seite eine ausgesprochen gute Infrastruktur im Bezug auf Einkaufen, Kultur, Schulen und soziale Einrichtungen sowie ein stetig verbessertes Wohnumfeld.

Der Rückbau der B 14 rund 23 Jahre nach Eröffnung des Heschlacher Tunnels 1991 sei noch nicht beendet. Die B 14 sei noch sehr gut wahrnehmbar, was man nicht nur an der Möhringer Straße auf dem Asphalt ablesen könne. Weiter beeinträchtige die Bürgerinnen und Bürger die starke Verkehrsbelastung im Stadtbezirk, die sich nicht zuletzt in großem Lärm und der Feinstaubbelastung ausdrücke.

Die Infrastruktur im Bezirk sei sehr gut. Leider sei sie allerdings in Kaltental auf dem „evangelischen Buckel“ zusammengebrochen. Diese Sorge treibe den Bezirk um. Aber man habe es der Zeitung entnehmen können, dass sich der Oberbürgermeister dieses Thema bereits zu eigen gemacht habe.

Die Parkprobleme belasteten gehörig, besonders seit im Westen das Parkraummanagement eingeführt worden sei.

Ebenfalls nicht weit genug sei man im Bereich Barrierefreiheit gekommen. Da sehe man heute ganz andere Bedürfnisse bei Behinderten und älteren Bürgerinnen und Bürger an den öffentlichen Raum, die nicht befriedigend erfüllt werden könnten.

Die Verwaltung habe die Probleme erkannt und arbeite daran, was auch wahrnehmbar sei. Es sei auch im Foyer zu sehen, dass man nicht untätig gewesen sei. In diesem Jahr werde man das Thema Parkraummanagement angehen. Der Plan sei, ein solches 2016 einzuführen. Man sei aber dabei zu untersuchen, ob der Süden nicht etwas nach vorne gezogen werden könne.

Es werde an der Verbesserung des öffentlichen Raumes gearbeitet, wobei es sich eher um eine Reparatur handle. Der Gemeinderat habe die Bereiche Böheimstraße, Karl-Kloß-Straße, Tübinger Straße und Kaltentaler Ortsdurchfahrt als Stadterneuerungs-vorranggebiete beschlossen.

Dass der Süden so lebendig sei, liege auch an den zahllosen Initiativen. Hier seien u. a. der Bürger- und Gartenbauverein, der Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungsverein, die Initiativen „Heslach im Blick“ und „Sterne des Südens“ zu nennen. Im Generationenhaus allein gebe es mehr als 50 Initiativen, die sich hier engagierten. Es liege aber auch an den ansässigen Unternehmen wie Dinkelacker, Hofbräu, Marienhospital und WGV sowie den vielen kleineren Betrieben, aber auch an den Mitarbeitern der Stadt Stuttgart, die den Stadtbezirk großartig unterstützten. Bei allen wolle er sich heute besonders bedanken. Gemeinsam bringe man den Süden voran. Anschließend übergibt er das Wort an Herrn Oberbürgermeister Kuhn.

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt zu Beginn die Bürgerinnen und Bürger aus dem Süden.

Gegenüber der letzten Bürgerversammlung 2007 sei der Bezirk um 1.600 Einwohner gewachsen. Jetzt lebten hier 42.970 Menschen. Interessant sei, dass mit 40,5 Jahren der Süden etwas jünger sei, als der Durchschnitt, der in ganz Stuttgart bei 42,1 Jahre liege. Es sei also ein signifikant jüngerer Stadtteil. Nach West sei er der mit 9.010 Einwohner pro Quadratkilometer am dichtest besiedelte Bezirk. Der städtische Durchschnitt liege bei 5.420. Im Süden sei also eine deutliche urbane Verdichtung festzustellen. Er wolle dies nicht bewerten, jedoch hätten solche Zahlen eine Aussage. 6,4 % der Bewohner in Süd seien über 75 Jahre alt. Im städtischen Durchschnitt seien dies 9,1 Personen auf 100 Einwohner. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund mit 39 % entspreche in etwa dem städtischen Durchschnitt.

Er habe bei verschiedenen Leuten heute nachgefragt, was die größten Probleme in Stuttgart-Süd seien. Unisono sei ihm der Verkehr genannt worden. Es sei völlig klar, dass in der Mitte, im Westen und im Süden, zum Teil auch im Osten und manchen Gegenden von Bad Cannstatt ein großes Verkehrsproblem bestehe, das sich in den vielen Staus und dem damit verbundenen Stress sowie den hohen Feinstaubwerten ausdrücke. Vor allem entlang der großen Verkehrsachsen sei dies der Fall.

Seit er Oberbürgermeister sei habe er mit Unterstützung des Gemeinderats – mit großer Mehrheit in manchen Fragen, in einer kleineren in anderen Fragen – den Kampf gegen diese Situation aufgenommen. Man müsse Schritt für Schritt agieren und habe ein Konzept nachhaltiger Mobilität aufgelegt und wolle damit Folgendes schaffen: mehr Verkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), also Busse, Stadtbahn, S-Bahn, mehr Verkehr auf das Fahrrad und dort, wo es gehe, auf Fußgänger zu verlegen. Möglichst viele Autos müssten mit besseren Motoren ausgestattet werden, am besten mit Elektromotoren, die allerdings nur dann umweltfreundlich seien, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien komme. Sonst finde die Emission am Kraftwerk und nicht am Auspuff statt. Beispiel seien die elektrischen car2go Fahrzeuge, die mit umweltfreundlichem Strom betankt seien und so zur Verbesserung beitragen könnten.

Die Verkehrspolitik werde entsprechend ausgerichtet. Er habe den Grundsatz, dass der öffentliche Raum allen Bürgerinnen und Bürgern gehöre und auch für alle Mobilitätsformen zur Verfügung gestellt werden müsse. Grundsätzlich werde so etwas begrüßt.

Werde dann aber mal eine Autofahrspur weggenommen, weil sonst kein Fahrradweg eingerichtet werden könne, gebe es einen großen Aufstand, wie z. B. in Bad Cannstatt oder im Bezirk Süd.

Er wolle dafür werben, dass die Feinstaubbelastung nur reduziert werden könne, wenn z. B. der Fahrradfahreranteil höher werde. In Stuttgart sei beim sog. modal Split der Radfahreranteil mit 7 % ziemlich schlecht. Bundesweiter Durchschnitt sei 15 %. „Gute“ Fahrradstädte wie z. B. Münster in Nordrhein-Westfalen hätten rd. 25 %.

Aufgrund von Zwischenrufen aus der Zuhörerschaft bemerkt Herr Oberbürgermeister Kuhn, die These, in Stuttgart laufe wegen der Hängel nichts mit dem Fahrrad, sei durch E-Bikes und Elektrofahrzeuge zu relativieren. Vor 15 Jahren sei dies noch nachvollziehbar gewesen. Er wolle ja nicht die Werte von Münster erreichen, dies sei gar nicht möglich. Aber dass die lausigen 7 % verbessert werden könnten, sei machbar. Dies gehe aber nur, wenn dem Fahrrad bestimmte Räume eingerichtet würden, wo man sicher mit dem Rad fahren könne. In Stuttgart gebe es nach seinem Empfinden Gegenden und Plätze, wo Radfahren nicht sicher sei. Warum sollen also öffentliche Räume nur dem Auto gehören und nicht den anderen Verkehrsteilnehmern? Er stelle klar, dass er nicht gegen das Autofahren sei oder aus einer autofeindlichen Perspektive spreche. Man müsse aber dafür sorgen, dass die Luftqualität besser werde. Deshalb müsse der Verkehr anders organisiert werden und wenn Autos genutzt werden, dann umweltfreundlich. Feinstaub bedeute, dass giftige Partikel/Gase in der Luft, die u. a. auch von schlechten Heizungen kämen, so fein seien, dass sie in Lungen und Bronchien eindringen und nicht einfach ausgehustet werden könnten. Die Stadt habe die Aufgabe, die Gesundheit ihrer Bevölkerung sicherzustellen und dort, wo sie gefährdet sei, die Probleme abzubauen. Wer hier widerspreche, müsse dies offen tun. Das Problem ignorieren gehe nicht. Dazu seien die medizinischen Befunde zu Auswirkungen von Feinstaub zu groß.

Das Problem Verkehr könne nicht von heute auf morgen gelöst werden. Stuttgart sei nach dem Krieg vom damaligen Oberbürgermeister Klett so konzipiert worden, dass die Stadt von großen Autostraßen durchzogen wurde. Deshalb mache man sich sowohl in der Stadt als auch in der Region daran, Programme zu entwickeln, um mehr Verkehr auf die Schiene, in die S-Bahnen und in die Busse zu bekommen, mehr Elektromobilität, mehr Fahrrad zu fördern und einen anderen Umgang mit der Frage zu finden, wie Mobilität besser organisiert werden könne.

Ihm sei wichtig, dass Stuttgart wirtschaftlich eine Autostadt sei. Der Wohlstand der Stadt hänge in Vielem an Daimler, an Porsche oder an Bosch. Dies bedeute, man müsse den Umbau zu einer nachhaltigen Mobilitätsstadt mit der Automobilindustrie machen, nicht gegen diese, da man auch dort an neuen Mobilitätsformen interessiert sein müsste.

Aus diesem Grunde werde man das Parkraummanagement auch im Süden einführen. Langsam, mit einer Bürgerbeteiligung und einer guten Konzeption. Der Süden werde erst einmal in einige Planungsgebiete aufgeteilt, da habe man vom Westen viel lernen können und man wolle es in Stuttgart-Süd gut machen. Ziel sei vor allem, den Parksuchverkehr und Verdrängungsverkehr aus dem Westen und damit insgesamt die Belastung des Südens mit parkendem Verkehr aus der Region und anderen Stadtteilen zu reduzieren. Der Versuch in West habe gezeigt, dass die Parkproblematik und die Verkehrsproblematik in der Stadt verringert werden könne. Man habe sich deshalb entschlossen, ein Parkraummanagement auch in den Bezirken Mitte, Süd, Ost und in Teilen von Bad Cannstatt einzuführen, damit eine vernünftige Bewirtschaftung des knappen Guts Parkplätze möglich werde.

Zweitens müsse ein gutes Konzept entwickelt werden, was mit dem Verkehr für das neue GERBER gemacht werde. Dies sei morgen Thema im Bezirksbeirat Süd; vor allem wie es mit der Tübinger Straße weitergehe, ob diese Einbahnstraße oder eine Fahrradvorrangstraße werden könne und wann man den Verkehr vom GERBER auf die B 14 hinführe. Bei dem Beschluss für den Bau des GERBER, der mehrheitlich erfolgt sei, habe man nach einem Gutachten mind. 6.000 zusätzlichen Fahrzeugen am Tag zugestimmt. Dieses große Problem müsse gelöst werden, die Verwaltung habe einen Vorschlag dazu erarbeitet.

Beim Fahrradverkehr müsse viel Detailarbeit geleistet werden. Hier mal einen Übergang oder z. B. die Ausschilderung des Fahrradwegs von Vaihingen hinunter bis Bad Cannstatt. Solche Dinge könnten das Radfahren erleichtern. Hier sei viel Arbeit und Geld im Detail notwendig, um Dinge zu verbessern.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stadt sei das Wohnen. Stuttgart habe offensichtlich zu wenig Wohnungen. Die Stadt sei attraktiv, gerade auch der Süden. Auch Familien wollten gerne hierher ziehen, aber sie fänden in der Regel keine bezahlbaren Wohnungen. Deswegen habe man ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt und einen Lenkungsreis „Wohnen“ unter seiner Leitung eingerichtet, mit dem Ziel, dass mehr Wohnungen gebaut werden, die von Leuten mit kleinerem Geldbeutel stark nachgefragt würden. Dies seien kleine Wohnungen für ganz Junge und Ältere und es seien größere Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern. Dies sei kein Vergnügen auf dem gegenwärtigen Markt, da dieser momentan sog. „Betongold“ ziehe, also ganz teure Wohnungen. Bei knappen Flächen müsse entsprechend reagiert werden. Es gebe das SIM-Programm. Das bedeute, dass bei allem, was gebaut werde, ein bestimmter Anteil von Wohnungen dabei sein müsse und davon wieder ein bestimmter Anteil sozial geförderter Wohnungen. Dies sei von der Wohnungswirtschaft anfangs nicht gerne gesehen worden. Inzwischen hätten sich aber die Wogen geglättet. Weiter habe man mehr Mittel im städtischen Haushalt für den sozialen Wohnungsbau eingestellt. Dieser sei in den letzten Jahren vernachlässigt worden und müsse nun wieder aufgebaut werden. Seiner Ansicht nach müssten alle Leute, die in Stuttgart wohnen wollten, auch eine geeignete Wohnung finden können. Man schaffe dies möglicherweise nicht ganz, jedoch müsse man sich auf den Weg machen. In seiner Vorstellung, wie eine Stadt sein müsse, könne es nicht sein, dass die Leute, die es sich leisten könnten, in der Stadt wohnen könnten und die anderen müssten weit in die Region hinaus ziehen. Eine Stadt lebe auch von einer Durchmischung unterschiedlicher sozialer Schichten und Einkommensarten.

Er bemerkt, im Bund wollten CDU und SPD zusammen eine Mietpreisbremse einführen. Haus & Grund, der Verband für Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, habe deshalb nun aufgefordert, vorher noch die Mieten zu erhöhen. Die Vorstellung, man könne mit Mietpreiserhöhungen noch schnell bezahlbaren Wohnraum schaffen, sei so abstrus, dass er zur Mäßigung aufgefordert habe. Wohnungen in Stuttgart seien teuer genug. In der Stadt sei auch viel auf der Bildungsschiene getan worden. Der Haushalt 2014/2015 habe den Hauptkostenpunkt beim Ausbau der Kindertagesstätten. Er sei allen dankbar, die dabei mitgewirkt hätten, dass dies möglich sei. Bei unter 3-Jährigen sei der Versorgungsgrad in der letzten Bürgerversammlung bei 22 % gelegen, heute stehe man bei 39 %. Bei Ganztagesplätzen seien es damals 14 % gewesen, heute 34 %. Man könne eine Verbesserung feststellen, die jedoch noch nicht genug sei. Die Nachfrage bei Eltern wachse stark, weil beide Elternteile berufstätig sein wollten. Die Abteilung Wirtschaftsförderung im Rathaus fordere auch die Schaffung weiterer Betreuungsplätze, da man auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen und dies nur mit Betreuungsplätzen für Kinder zu machen sei.

Auch bei den Schulen sei man offensiv. Er verweise auf die Schulentwicklung und das Thema Ganztageschule. Im Bildungsbereich werde von der Stadt viel Geld ausgegeben, um mehr für Bildung zu tun und zwar ausgehend von den kleinen Kindern.

Im Süden werde auch viel für Urbanität unternommen. Wolle man urbanes Leben auch an Plätzen festmachen – der Marienplatz sei bspw. gut gelungen – wären andere Stadtteile froh, solche Plätze zu haben. Für den Bihlplatz habe man 320.000 € zur Verfügung. Auch der Erwin-Schoettle-Platz solle städtebaulich mit 360.000 € verbessert werden.

Seine Botschaft laute auch Verbesserung der Nahversorgung. In Kaltental sei dies sehr schwierig. Er habe bei der Abteilung Wirtschaftsförderung sehr darauf gedrungen, das Quartiersmanagement und den Aufbau von Nahversorgungseinrichtungen zu verbessern. Eine Konzeption sei in Arbeit.

Als unbequemer Oberbürgermeister weise er aber auch darauf hin, dass dort, wo noch Läden seien oder neu geschaffen würden, auch eingekauft werden müsse. Von Menschen, die mit dem Auto auf der „Grünen Wiese“ einkauften und dies auch bei jeder Kleinigkeit, könne kein kleines Ladengeschäft leben. Jedem Laden, der aufmache, müsse man garantieren können, dass die Leute auch dort einkaufen. Über die Frage, ob sich neue Geschäfte auch halten könnten, entscheide nicht die Stadtverwaltung, sondern jeder Einzelne vor Ort. Wolle man das zugespitzt formulieren, sei das dezentrale Einkaufen eigentlich bürgerschaftliches Engagement. In einigen Stadtbezirken klappe dies, so werde z. B. demnächst in Uhlbach ein Wochenmarkt eröffnet. Dort, wo nichts mehr sei, müsse man sich heranarbeiten.

Abschließend stelle er fest: der Süden sei ein attraktiver Stadtteil geworden, gewesen und werde es auch bleiben. Es gebe aber noch vieles, was verbessert werden könne und er sei nun gespannt auf die Diskussion, auf Anregungen und Kritik. Was beantwortet werden könne, werde auch sofort beantwortet. Manche Dinge müsse man nachreichen.

Herr Oberbürgermeister Kuhn bemerkt noch, dass man zwei bis drei Wortmeldungen sammle und diese dann beantworte, dann kämen die nächsten. Er bitte darum, zu Beginn den Namen zu nennen, damit man entsprechend antworten könne. Er habe vor, die Versammlung gegen 21.00 Uhr zu beenden.

Aussprache

Bürger 1

Der Bürger verweist auf die letzte Bürgerversammlung. Er habe damals vorgeschlagen, an der Kreuzung Immenhofer-/Zellerstraße in der Zellerstraße ein Stoppschild anzubringen. Er bedanke sich, dass dies gemacht worden sei. Seither habe sich der Verkehr etwas beruhigt und es seien keine Unfälle mehr geschehen.

Auch seiner zweiten Bitte, das Grün bei der Zufahrt der Rebmannstraße in die Immenhoferstraße zurückzuschneiden, sei umgehend gefolgt worden. Auch hierfür bedanke er sich und bitte, diesen Bereich auch künftig zu beachten.

Heute weise er auf das Problem hin, dass in der Immenhoferstraße im oberen Bereich links und rechts geparkt werden dürfe. Im Sommer sei dies kein Problem, jedoch im Winter. Er habe dies über den Bezirksbeirat an die Verwaltung gemeldet und die Antwort erhalten, dass diese Parkplätze benötigt würden und man dies nicht ändern könne.

Wenn dies nicht geändert werden könne, müsse künftig bei Schnee und Glätte morgens ab 06.00 Uhr gestreut werden, da es sonst sehr gefährlich werden könne. Auch dies habe er der Stadt gemeldet und ihm sei mitgeteilt worden, dass dieser Bereich zur Stufe C gehöre, wo erst gestreut werde, wenn die Straßen der Stufe A und B gestreut seien. Man lebe in einer Berglandschaft und da sei es selbst mit Winterreifen äußerst gefährlich, zu fahren. Er bitte deshalb, die Situation nochmals zu überdenken.

Für ältere Bürgerinnen und Bürger sei das Radfahren in der hügeligen Landschaft schwierig. In der Rebmannstraße kenne er nur eine einzige Radfahrerin.

Beim Heschlacher Tunnel gebe es vorne und hinten Schilder, in den Fahrzeugen das Radio einzuschalten. Jedoch sei im Tunnel teilweise kein Empfang.

Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt zur Frage bzgl. der Streuung eine schriftliche Antwort zu. Zum Radioempfang im Heschlacher Tunnel bemerkt er, dass entweder das Schild entfernt werden müsse oder geschaut werden müsse, was innen gemacht werden könne.

Bürger 2

Die Bürgerin bittet um Information, wie der Verkehr aus dem neuen GERBER über die Tübinger Straße ausgeführt werden solle, die ja „die“ Fahrradstrecke in die Innenstadt sei. Es sei heute schon sehr chaotisch.

Sie fragt, wie man aus dem Süden in Richtung Bad Cannstatt gelange, wenn die Stadtbahnverbindung vom Charlottenplatz zur Haltestelle Staatsgalerie nicht mehr bedient werden könne. Mindestens fünf Stadtbahnlinien müssten sich dann auf ein Gleis konzentrieren.

Zur Bürgerbeteiligung wolle sie noch wissen, ob die bereits gestellten Fragen noch abgearbeitet würden oder ob man diese jetzt nochmals stellen müsse.

Herr Bürgermeister Hahn informiert, dass dem Bezirksbeirat Süd morgen ein Verkehrskonzept für die Tübinger Straße vorgestellt werde. Darin werde die Tübinger Straße für Autos nicht mehr in der gesamten Länge durchgehend befahrbar sein, da zwei oder drei Teilstücke als Einbahnstraße ausgewiesen würden. So könne der Radfahrer die gesamte Länge durchfahren mit besonderen Schleusen. Eine solche gebe es heute schon an der Feinstraße. Autos müssten die Tübinger Straße stichweise über die Hauptstätter Straße anfahren. Ob sich die Planung bewähre, könne man heute noch nicht sagen. Sei dies aber der Fall und die Zahl der Autos gehe zurück, könne die Tübinger Straße auch zu einer Fahrradstraße umgewandelt werden. Voraussetzung sei aber, dass die Planung funktioniere.

Der Hauptverkehr werde über die Paulinenbrücke abgewickelt. Der Lastverkehr, der in der Regel morgens anlieferne, werde auf kürzestem Wege von der Straße in einen unterirdischen Anlieferhof geführt, wo fünf bis sechs Lastwagen gleichzeitig einfahren könnten. So werde es keine Staus auf der Straße geben. Die Transportfahrzeuge von Dinkelacker blieben erhalten, da die Brauerei an der angestammten Stelle bleibe. Dagegen habe die Stadt auch nichts, man halte dies für ein belebendes Element im Stadtbezirk. Der Verkehr müsse auch dort auf kurzem Weg über die Hauptstätter Straße abgeleitet werden.

Herr Oberbürgermeister Kuhn bestätigt, im Zuge des Umbaus der Haltestelle Staatsgalerie werde laut der SSB zwei bis drei Jahre die Strecke zwischen Staatsgalerie und Charlottenplatz nicht direkt befahrbar sein. Jedoch würden alle Haltestellen über eine Umleitung angefahren, die über den Berliner Platz nach Bad Cannstatt geführt werde. Es werde umständlich und es werde mehr Zeit benötigt. Jedoch müsse bei einer solch großen Baumaßnahme wie „Stuttgart 21“ mit den Folgemaßnahmen bei der SSB während der Übergangszeit mit entsprechenden Schwierigkeiten gerechnet werden. Die SSB habe aber in der letzten Aufsichtsratssitzung garantiert, dass jede Station angefahren werde. Praktisch sei aber die Strecke für den Zeitraum des Baus der Haltestelle Staatsgalerie unterbrochen.

Man könne um dieses Problem nicht herumreden. Die Mehrheit im Gemeinderat, im Landtag und bei der Volksabstimmung habe aber gesagt, sie wolle „Stuttgart 21“ haben. Auch wenn mancher Bürger den Kopf schüttele, gebe es im Gemeinderat eine Zweidrittelmehrheit, die das Projekt „Stuttgart 21“ immer gewollt habe, gegenwärtig wolle und seiner Prognose nach auch in Zukunft wollen werde. In einer Demokratie gehe es nun einmal nach der Mehrheit.

Zur Frage der online eingegangenen Fragen im Vorfeld der Bürgerversammlung auf dem Bürgerbeteiligungsportal äußert Herr Bürgermeister Wölfle, dass jede Frage von der Verwaltung beantwortet werde.

Bürger 3

Der Bürger interessiert sich dafür, an welcher Stelle genau die Zufahrt zum GERBER sein wird. Er sei von der Tübinger Straße ausgegangen. Der ausfahrende Verkehr stoße auf die Hauptstätter Straße, die ja heute schon ständig überlastet sei. Er wohne seit 40 Jahren dort und er könne sich nicht vorstellen, wie der zusätzliche Verkehr vom GERBER noch aufgenommen werden solle.

Herr Bürgermeister Hahn verdeutlicht nochmals, es werde mehrere Zufahrten geben. Eine oben von der Paulinenbrücke, eine von der Tübinger Straße unter der Paulinenbrücke und eine für Lkw ein Stück weiter in die Tübinger Straße hinein. Der ausfahrende Verkehr müsse bis zur Feinstraße fahren, wo es nach dem aktuellen Konzept nicht in den Süden weitergehe. Man müsse dann in die Hauptstätter Straße ausweichen. Der Hauptverkehr laufe über die Paulinenbrücke.

Mit 6.000 zusätzlichen Fahrzeugen werde es eng werden, bestätigt Herr Oberbürgermeister Kuhn. Beim Milaneo am Bahnhof werde es auch eng. Man müsse jetzt, nachdem alles gebaut und bald eröffnet werde, sehen, wie man es am besten machen könne. Er verweist nochmals auf das Konzept, das morgen im Bezirksbeirat vorgestellt wird. Dann müsse man schauen, ob es funktioniere oder ggf. noch etwas modifiziert werden müsse. Man könne im Übrigen auch ohne Auto einkaufen.

Bürger 4

Die Bürgerin berichtet, am Spielplatz in der Möhringer Straße 36/38 werde gebaut. Sie habe dort von der Stadt eine von vier Parzellen gemietet und nun habe es geheißen, dass diese gekündigt werden sollen. Offenbar solle dort auch eine Kindertagesstätte gebaut werden. Sie bittet um Auskunft, ob dies zutreffe.

Eine Kindertagesstätte werde nicht kommen, antwortet Herr Bürgermeister Hahn. Man habe sich über die Finanzen nicht einigen können.

Herr Bezirksvorsteher Kellermann bestätigt, dass die Gärten nicht gekündigt werden.

Bürger 5

Der Bürger führt aus, dass auch er als Anwohner der Eierstraße von der geplanten provisorischen Kindertagesstätte in der Eierstraße betroffen sei. Als der Heschlacher Tunnel

gebaut worden sei, sei in den Bauauflagen festgestellt worden, dass am Ende der Eierstraße eine großzügige Grünanlage gebaut werden solle. Dies sei nie umgesetzt worden. Stattdessen werde dort von der Stadt Müll gelagert, z. B. alte Reifen vom Bauhof. Dies werde seit 20 Jahren toleriert. In den Bauauflagen stehe, dass das stadtbildprägende Tal durch eine Grünanlage mit dem Stadtbild verzahnt werden solle. Es handle sich um eine Frischluftschneise.

Die Anwohner würden nun bitten, dass Vorhaben mit der Kindertagesstätte nicht umzusetzen, eine Grünanlage wäre viel besser. In der Möhringer Straße, in der Tübinger Straße, am Südtor und überall in Heslach seien große Bauvorhaben umgesetzt oder geplant. Dort sei kein einziger Kitaplatz umgesetzt worden. Warum? Im Stuttgart 21-Areal verzichte die Stadt für 500.000 € auf den Bau eines Kindergartens mit der Begründung, es gäbe genügend umliegende Einrichtungen. Man sollte aber davon ausgehen können, dass die „kinderfreundliche Stadt“ auch ein Herz für die Arbeitnehmer dort habe, die vielleicht froh wären, eine Kita vor Ort zu haben und ihre Kinder direkt dort unterbringen zu können.

Die Anwohner der Eierstraße seien von dem Provisorium einer Kindertagesstätte an dieser Stelle entsetzt und bäten darum, nochmals darüber nachzudenken. Das Provisorium solle 400.000 € kosten und die Verwaltung solle einmal ausrechnen, wie viele Tagesmütter man dafür beschäftigen könne.

Frau Bürgermeisterin Fezer stellt klar, sie sei für die Betreuung für Kinder und die Versorgung von Kindertagesplätzen in Stuttgart zuständig. Nicht nur durch den Bundesgesetzgeber, sondern auch durch die berechtigten Ansprüche und Forderungen der Mütter und Väter von kleinen Kindern, die betreut werden müssten, sei die Stadt unter Druck gesetzt, Kitaplätze in ganz Stuttgart zu schaffen. Dieser Verpflichtung komme man nach. Man habe festgestellt, dass die Umsetzung in Stuttgart sehr schwer sei. Über die Topografie der Stadt sei heute schon gesprochen worden. Auch wenn diese herrliche Landschaft der Stadt ihren Charme verleihe, führe sie auch dazu, dass man enorme Schwierigkeiten habe, Baugrund für öffentliche Einrichtungen zu finden. Hinzu komme die dichte Besiedlung gerade in Stadtteilen der Innenstadt. Man habe in monatelangen Suchläufen nach Standorten für Kindertagesstätten gesucht und sei sehr froh, dass man welche gefunden habe. Diese seien gründlich ausgesucht und im Gemeinderat und in den Bezirksbeiräten vorgestellt worden. Etliche seien umstritten gewesen und deshalb stark diskutiert worden. Bei allen Standorten gebe es ein Für und ein Wider, aber die Standorte würden dringend benötigt. Man brauche die Plätze und so habe man sich nach langem Abwägen auch für diesen Standort entschieden. Die Nachteile, die man auch gesehen habe, würden aber als geringer erachtet, als die Vorteile, die für die Bürgerinnen und Bürger in Süd geschaffen würden, die zusätzliche Betreuungsplätze für ihre Kinder erhielten.

Herr Bürgermeister Hahn stellt klar, all diese Interimslösungen könnten nur temporär genehmigt werden, da für die Grundstücke in der Regel andere Perspektiven da seien. Eine große Kommission habe den Standort nach mehreren Diskussionen dem Gemeinderat vorgeschlagen, der dann zugestimmt habe. Die Genehmigung gelte für fünf Jahre.

Die Idee, in der Möhringer Straße eine Kita zu bauen, sei erst nach der Überlegung zum Standort Eierstraße gekommen. Geplant gewesen sei, ein Gebäude, das schon als Wohnhaus genehmigt gewesen sei, umzubauen und dort eine Kita unterzubringen. Man sei aber mit dem Bauträger finanziell nicht übereingekommen. Die Absage sei dann vom Bauträger gekommen, nicht von der Stadt. Bei der Sparkassen-Akademie gebe es eine Betriebskita. Dort könnten die Mitarbeiter ihre Kinder unterbringen. Hier sei auf die Nachfrage der Beschäftigten reagiert worden. Er wolle dies aber nicht weiter vertiefen, da dies jenseits der Bezirksgrenze liege.

Der Bürger kritisiert, komme er als Bürger mit einem Bauantrag zur Stadt und wolle auf dieser Grünfläche bauen, werde dieser nicht berücksichtigt. Komme aber die Firma Züblin auf die Idee, auf dem Gelände ein temporäres Wohnheim für die Bauarbeiter von Stuttgart 21 zu errichten, dann würde man sich das überlegen.

Herr Oberbürgermeister Kuhn legt nochmals dar, der gesetzliche Anspruch auf einen Platz für Kinder unter drei Jahren bedeute, alle Eltern, die einen Kitaplatz benötigten, hätten inzwischen einen gesetzlichen Anspruch darauf. Die Stadt habe derzeit aber weniger Plätze, als sie brauche. Deshalb habe man alles geprüft und ist zu der Auffassung gelangt, man müsse andauernde Kitaplätze bauen, aber auch kurzfristig in Fertigbauweise schaffen. Sehr viele Standorte seien geprüft worden. Manche habe man verworfen, da es bessere Alternativen gegeben habe, manche seien mit einer breiten Mehrheit des Gemeinderats beschlossen worden. Die Bedenken wegen des Verkehrs der Sackgasse könne er verstehen. Aber man müsse sehen, dass Kitaplätze gebaut werden müssten, man sei dazu gesetzlich verpflichtet. Dass es Zielkonflikte zwischen Wohnen und anderen Nutzungen geben könne, sei logisch.

Bürger 5

Die Bürgerin bemerkt, Sie habe eigentlich kein Problem mit der Kita. Sie ärgere sich aber, dass - wie z. B. beim GERBER – gebaut werde und erst nachher darüber nachgedacht werde, wie man mit den zusätzlichen 6.000 Fahrzeugen umgehen solle. Sie sehe in der Eierstraße das gleiche Problem. Es sei heute schon sehr schwierig, da die Straße nur einspurig befahren werden könne und es regelmäßig zu aggressiven Zuständen komme. Unter anderem komme die Müllabfuhr nicht durch. Sie erwarte von der Stadt, wenn das Konzept Kita dort geplant werde, dass auch der Verkehr so geregelt werde, dass es für die Eltern mit Kindern in Ordnung gehe und für die Anwohner lebbar bleibe. Sie bitte deshalb um ein Gesamtkonzept.

Man nehme die Bitte zur Kenntnis, äußert Herr Oberbürgermeister Kuhn. Man dürfe nicht einfach bauen und dann schauen, was mit dem Verkehr sei. Richtig sei, nur dann zu bauen, wenn man wisse, wie es mit dem Verkehr werde. Dieser Maxime könne man sich annehmen.

Bürger 6

Als überzeugter Fahrradfahrer, der auf ein eigenes Auto verzichte, habe er sich über die einleitende Worte von Herrn Oberbürgermeister Kuhn gefreut, bemerkt der Bürger. Sein Anliegen sei aber, dass von Bürgern Verkehrsregeln missachtet würden. Die Alte Weinsteige sei von oben gesperrt, man dürfe dort nicht hineinfahren.

Trotzdem finde tagtäglich zu den Hauptverkehrszeiten ein immenser Verkehr statt. Er sei der Auffassung, dass diese Leute auch von Seiten der Stadt gezwungen werden müssten, die Verkehrsregeln einzuhalten. Auch der Verkehr von unten sei zwischen 15.00 Uhr und 19.00 Uhr gesperrt. Daran hielten sich viele Verkehrsteilnehmer ebenfalls nicht. Er halte dies nicht nur wegen aufheulender Motoren durch Autos, die am Berg anfahren müssten, für wichtig, sondern auch weil es gefährlich werden könne, da es steil sei und dort viele Fahrradfahrer unterwegs seien. Er sei da selbst täglich unterwegs. Man werde teilweise von Autos in Bedrängnis gebracht. Er würde eine Lösung wünschen, die den Verkehrsteilnehmern ein Nichtbeachten der Verkehrsregeln unmöglich mache. Die Schranke komme nur sporadisch zum Einsatz und könne auch umfahren werden, da sie zu kurz sei.

Herr Bürgermeister Wölfle gibt an, die Frage sei auch schon auf dem Online-Beteiligungsportal gestellt worden. Er fahre selbst regelmäßig die Alte Weinsteige mit dem Fahrrad rauf und runter und werde auch durch zahlreiche Autofahrer gestört, die nachweislich keine Anwohner seien, sondern Durchfahrtsverkehr.

Bei der genannten Schranke hätten sich u. a. die Anwohner beschwert, die durch die Engstelle nicht mehr hätten durchfahren können, weil sie sich größere Fahrzeuge angeschafft hätten. Der Weg sei verbreitert worden und somit erfülle die Schranke ihre eigentliche Funktion nicht mehr und bleibe deshalb mehr oder weniger offen. Die Verkehrsbehörde schlage nun vor, andere Lösungen zu suchen und mit dem Bezirksbeirat neue Vorschläge zu diskutieren.

Herr Oberbürgermeister Kuhn zeigt sich ebenfalls besorgt über den Verkehr. Er stelle fest, dass Verkehrsregeln von fast allen Verkehrsteilnehmern missachtet würden. Dies betreffe sowohl Autofahrer, die zu schnell unterwegs seien oder Fahrradfahrern den Weg abschneiden würden, aber auch Radfahrer, die gegenüber Fußgängern rücksichtslos seien oder schnelle Radfahrer, die wenig Rücksicht auf langsamere nähmen. In dieser engen Stadt werde man mit der Mobilität nur dann weiterkommen, wenn als städtische Tugend Rücksicht gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern normaler werde. Es habe die Forderung nach mehr Kontrollen gegeben. Da stoße man an Grenzen, wenn man alles kontrollieren wolle. Der Stadt werde dann vorgeworfen, sie wolle ihr Geldsäckel füllen. Kontrolliere man zu viel, gebe es einen Aufstand. Ohne Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer komme man nicht weiter.

Bürger 7

Die Bürgerin interessiert sich dafür, welche Strategien und Maßnahmen es für den Süden bezüglich des Wohnungsbaus gebe, nachdem Herr Oberbürgermeister Kuhn von einem Lenkungskreis gesprochen habe. Als Bürgerin aus dem Süden sei ihr nicht klar, wo man hier noch etwas bauen wolle.

Herr Bezirksvorsteher Kellermann habe in seiner Begrüßung davon gesprochen, dass der Bihlplatz noch dieses Jahr für 320.000 € verschönert werden solle. Sie wolle wissen, was da geplant werde. Für sie sei es einer der schönsten Plätze in Süd und sie hoffe, dass der Platz für die Bürgerinnen und Bürger wieder schön werde.

Im umstrittenen Gasthaus „Zum Ochsen“ am Bihlplatz, bei dem die Zukunft nicht klar sei, stünde Sperrmüll draußen. Sie bitte um Auskunft, was dort geschehen werde und ob die Stadt so hohe Auflagen gemacht habe, dass ein möglicher Investor das Gebäude vielleicht gar nicht erhalten könne, weil er beispielsweise zu viel für Parkplätze bezahlen müsse – obwohl ja alle mit dem Fahrrad fahren sollen. Sei dies nicht der Fall, wolle sie wissen, ob das Gebäude abgerissen und ein Neubau mit Tiefgarage gebaut werde oder vielleicht eine Kindertagesstätte.

Herr Bürgermeister Hahn bestätigt den Betrag für die Umgestaltung des Bihlplatzes. Der „Ochsen“ solle modernisiert werden, da sei man mit dem Eigentümer im Gespräch. Allerdings wisse er den letzten Stand der Dinge nicht. Auf jeden Fall werde das Gebäude nicht abgebrochen.

Im Süden könne man nur im Bestand bauen, so Herr Oberbürgermeister Kuhn. Dies gelte auch für den Westen. Dann werde der Anteil von sozial bezahlbaren Wohnungen wachsen. Man habe sich bei der Stadt für die sog. Konzeptvergabe als Instrument entschieden. Das bedeute, wenn die Stadt ein Grundstück habe, sei bisher geschaut worden, welcher Investor am meisten zahle. Dieser habe dann den Zuschlag bekommen, da dies ein fester Einnahmetitel im städtischen Haushalt gewesen sei. Bei Konzeptvergaben sage die Stadt zuerst, was sie auf einem Grundstück haben wolle und gehe dann auf die Investoren zu. Der Investor, der die Vorgaben mit dem besten Preis erfülle, erhalte dann den Zuschlag. Die Stadt könne somit bestimmen, was auf städtischen Grundstücken geschehe, habe aber dadurch auch weniger Einnahmen. Im Jahresdurchschnitt seien bislang ca. 40 Mio. € Einnahmen durch Grundstücksverkäufe erzielt worden. Nun seien es nur noch rd. 20 Mio. €. Seiner Auffassung nach lohne sich dies jedoch. Denkbar sei, dass die Stadt in den kommenden Jahren Grundstücke aufkaufe, bei denen noch gar nicht klar sei, was man genau damit machen wolle, damit solche Konzeptvergaben öfter gemacht werden könnten. Aber nur davon abhängig zu sein, welcher Investor am meisten bezahle, sei keine gute Städtebaupolitik und das wolle man mittelfristig ändern.

Herr Bezirksvorsteher Kellermann bestätigt, dass es für die Grünfläche am Bihlplatz einen Planungsvorschlag gebe. Demnächst werde es einen Runden Tisch mit Anwohnern geben, wo die Planungen vorgestellt und besprochen würden. Danach befasse sich der Bezirksbeirat mit dem Thema. Der Baubeginn sei für März 2016 angedacht. Dies hänge damit zusammen, dass die alte Schneiderei noch abgerissen werde. Daneben befinde sich ein Trafo der EnBW, der verlagert werden müsse, ohne den Betrieb zu unterbrechen. Deshalb werde erst der eine Teil des Gebäudes abgerissen, ein neues Trafohäuschen gebaut, der Trafo dann umgesetzt und anschließend der andere Gebäudeteil abgerissen. Dies sei sehr aufwändig und koste Zeit. Er hätte sich dies auch schneller gewünscht. Details für die Grünflächengestaltung würden mit interessierten Bürgern diskutiert.

Bürger 8

Der Bürger verweist auf die Einladung zur Bürgerversammlung. Hier werde informiert, dass der öffentliche Raum in der Böblinger Straße aufgewertet werde und die Gewerbeflächen entlang der B 14 neu geordnet werden sollen. Dazu hätte er gerne detaillierte Informationen.

In Kaltental gebe es einen fast durchgängigen Radweg bis Heschlach. Positiv sei, dass der Radweg im Verlauf zwischen Waldeck und Vogelrain nicht mehr mit Fußgängern

geteilt werden müsse. Wollte man aber als Fußgänger den Weg nutzen, um nach Südheim zu laufen, werde dies nach Einbruch der Dunkelheit schwierig, da der Weg nicht beleuchtet sei. Für ihn als erwachsenen Mann sei dies vielleicht noch machbar. Aber er bitte darum, dort eine entsprechende Beleuchtung anzubringen.

Bürger 9

Die Bürgerin führt aus, sie fahre viel mit dem Fahrrad in Stuttgart und sie fühle sich an keiner Stelle als Radfahlerin so gefährdet wie am Marienplatz. Sie komme oft von der Silberburgstraße oder der Tübinger Straße über den Marienplatz. Dort herrschten zum Teil anarchische Zustände mit parkenden Autos. Sie sei irritiert gewesen zu lesen, dass Fußgänger durch Fahrradfahrer gefährdet würden. Sie fühle sich extrem durch den Autoverkehr belastet und gefährdet, vor allem entlang der Tübinger Straße bei den Taxiständen. Dieser Bypass werde von Autofahrern regelmäßig als Abkürzung genutzt, die ohne jegliche Rücksicht auf Fußgänger oder Radfahrer dort durchrasen würden. Die schlimmste Stelle sei aber die Ecke Böblinger Straße/Marienplatz. Dort herrsche ein solches Parkchaos, dass sie nicht bis 2016 warten wolle. Sie selbst habe schon einen Unfall in Heslach gehabt und wolle wissen, ob etwas geplant sei, um die Verkehrssituation zu verbessern. Es sei nun einmal für Radfahrer die Hauptachse und der Hauptverbindungsplatz zwischen dem Bezirk Süd und dem Zentrum.

Bürger 10

Sie gehöre auch zu den überzeugten Fahrradfahrern gibt die Bürgerin an. Sie könne nur zustimmen, dass jeder Verkehrsteilnehmer Rücksicht auf die anderen nehmen sollte. Sie sei begeistert, wenn Einbahnstraßen entgegengesetzt der Fahrtrichtung für Radfahrer geöffnet würden. Leider wüssten das oft viele Autofahrer aber nicht. Sie fahre jeden Tag mit dem Rad in die Innenstadt und kreuze dabei die Tübinger Straße. Was sie überhaupt nicht verstehen könne sei, dass Glascontainer immer dort stünden, wo hauptsächlich Fahrradfahrer unterwegs seien.

Herr Bezirksvorsteher Kellermann legt bezüglich der Gewerbeflächen Böblinger Straße/Kaltental dar, es gebe einen Beschluss des Gemeinderats, dass dieser Bereich ein Stadterneuerungsvorranggebiet sei. Man habe damit aber noch nicht begonnen und könne deshalb auch nicht sagen, was dort gemacht werde. Mit dem jetzigen Zustand sei man aber nicht zufrieden.

Herr Bürgermeister Hahn gibt zu verstehen, dass man sich der Frage der Beleuchtung am Weg zwischen Waldeck und Vogelrain stellen müsse. Die Verwaltung sei aber der Meinung gewesen, dass dies nicht erforderlich sei. Man könne sich aber nochmals darüber unterhalten.

Er habe diese Anfrage schon einmal mit einer „Gelben Karte“ gestellt, wirft ein weiterer Bürger ein. Die Antwort sei gewesen: Wenn man mit dem Rad fahre, habe man auch Licht. Als Fußgänger habe er aber in der Regel kein Licht dabei. Es sei denn die Stadt sei so freundlich und stelle den Fußgängern ordentliche Taschenlampen zur Verfügung.

Dies sei keine schlechte Idee, entgegnet Herr Bürgermeister Hahn. Allerdings kaufe sich der Radfahrer seine Lampe selbst.

Daraufhin meint der Bürger, der Radfahrer kaufe sich das ganze Rad selbst. Allerdings seien seine Beine bereits angewachsen.

Auch wenn jetzt gelacht werde, handle es sich hier um ein ernst zu nehmendes Problem, gibt Herr Oberbürgermeister Kuhn zu bedenken. Er erlebe es so, dass Stuttgart noch keine Fahrradstadt sei. Dies wachse erst. Der Habitus heute sei so, dass sie noch dem Auto gehöre. Tatsächlich müsse man schauen, die Knotenpunkte zu entschärfen. Man schaue dabei auf zwei Dinge. Erst einmal müssten ein paar Haupttrouten kommen, wie z. B. von Vaihingen nach Fellbach. Zweitens müsse man entlang dieser Routen, aber auch in den Querrichtungen, die gefährlichsten Punkte identifizieren und Lösungen finden, so dass das Radfahren weniger gefährlich werde. Dies gehe aber nicht, wenn nicht die Autofahrer zusätzlich Schritt für Schritt verstünden, dass die Stadt nicht allein ihnen gehöre, sondern auch den Fahrradfahrern und Fußgängern. Dies werde noch eine Reihe von Jahren zu Konflikten führen.

Baue man einmal einen „richtigen“ Radweg, wie z. B. in Bad Cannstatt, und nehme dafür eine Autospur weg, gebe es einen großen Aufstand. Übrigens oft von den gleichen Leuten, die das Radfahren begrüßen, allerdings nicht bei sich. Diesen Konflikt müsse man aber aushalten, da er sich nicht einfach lösen lasse und das funktioniere nur, wenn man die Grundeinstellung „Wem gehört die Stadt?“ in Bezug auf Mobilität verändere und gegenseitige Rücksichtnahme propagiere. Die Stadt müsse dann zusätzlich die notwendigen ordnungspolitischen Dinge wie Schilder, Kontrollen, Übergänge, Kennzeichnungen etc. leisten.

Herr Bezirksvorsteher Kellermann äußert, dass man am Marienplatz dran sei. Man wisse, dass dieser sehr voll sei. Allerdings sei der Platz auch nicht für Fahrradfahrer geplant. Es gebe einen Planungsmangel für den 11 Jahre alten Platz. Die Querung und das Außenrum seien für Radfahrer nicht geplant worden. Man versuche, dort nachzubessern.

Es gebe einige Verkehrssachen, die nicht funktionierten, bringt Herr Oberbürgermeister Kuhn vor. Z. B. werde im Shared Space in der Tübinger Straße ständig geparkt, obwohl dies gar nicht erlaubt sei. Auch hier gebe es noch keine befriedigende Lösung. Man könne zwar ständig Kontrollen machen, aber es gebe viele Autofahrer, denen es völlig egal sei, dass sie einen Strafzettel bekämen. Hier müsse man dran bleiben, damit der Shared Space auch wirklich ein Shared Space sei und nicht Parken de Luxe.

Bürger 11

Die Bürgerin ist der Auffassung, dass der junge Stadtbezirk ein neues Jugendhaus brauche. Das alte sei baufällig und nicht behindertengerecht.

Eine Planung und die Realisierung müssten deshalb zügig erfolgen. Ebenso werde eine Stadtteilbibliothek benötigt. Sie halte dies bei einer Einwohnerzahl von 42.000 für wichtig. Hier dürfe keine kleine Lösung gewählt werden, wo ein Raum mit Büchern und 1 ½ Stellen zur Verfügung gestellt würden. Es solle eine richtige Stadtteilbücherei werden. Wenn man schon Geld in Planungen hineinstecke, müsse auch etwas Vernünftiges herauskommen.

Frau Bürgermeisterin Fezer freut sich, dass dieses Thema aufgegriffen wird. Es handle sich um ein tolles Projekt und sie wolle sich an dieser Stelle ausdrücklich bei der Rudolf Schmid und Hermann Schmid Stiftung bedanken, die dieses Projekt mit maximal 1 Mio. € unterstütze, bei den Planungskosten mit maximal 200.000 €. Das betreffende Grundstück habe 712 m², was zu einer Bruttogeschossfläche von 1.350 m² führe. Dies reiche für drei Vollgeschosse, ein Untergeschoss und ein Dachgeschoss. Die Baukosten würden mit rd. 4 Mio. € geschätzt. Der Baubeginn sei für 2015/2016 geplant. Entstehen solle ein neues Jugendhaus. Da man durch den Wegzug der Stadtbibliothek an den Mailänder Platz mehr Medienangebote in diesem Bereich brauche, wolle man auch eine Medienbibliothek einrichten. Hier sei man mit Frau Bürgermeisterin Dr. Eisenmann und ihrem Referat Kultur, Bildung und Sport in Kontakt. Eine enge Verbindung wolle man auch mit dem Mehrgenerationenhaus in der Nachbarschaft aufbauen. Ebenfalls in der Nachbarschaft befänden sich das Mütterzentrum, das Initiativzentrum, das Altenwohnen und eine Kindertagesstätte. Wenn dort ein Jugendhaus und eine Stadtteilbibliothek geschaffen würden, sei dies der perfekte Ort, so etwas auf den Weg zu bringen. Sowohl der Gemeinderat als auch der Bezirksbeirat stünden hinter dem Projekt.

Bürger 12

Der Bürger berichtet, er sei mit seiner Familie vom Westen in den Süden gezogen mit Unterstützung der Stadt durch das entsprechende Wohnbauprogramm, wofür er sich nochmals bedanke.

Am Eiernest sei man sehr vom Verkehr tangiert, u. a. durch den Verkehr vom Marienhospital und auch mit der geplanten Kita in der Eierstraße, die an sich zu begrüßen sei, jedoch nicht an dieser Stelle.

Für seine Familie sei auch die Bildungspolitik sehr wichtig. Die Stadt als Großstadt favorisiere die Ganztageschule, die Halbtageschule stünde eher auf der Kippe. In der Elternschaft gebe es aber viele Familien, die ihre Kinder auch nachmittags betreuen wollten. Er bitte um Information, ob der Halbtageszug in Stuttgart auch noch unterstützt werde oder nicht.

Es gebe einen klaren Beschluss, dass sowohl die Halbtageschule im Grundschulbereich wie auch die Ganztageschule im Grundschulbereich an den Standorten erhalten bleiben sollen, antwortet Frau Bürgermeisterin Dr. Eisenmann. Die Wahlfreiheit bleibe für die Eltern vollumfänglich erhalten.

Bürger 13

Die Bürgerin berichtet, sie sei beim Projekt „Leihgroßeltern“ dabei und sei somit viel auf Kinderspielplätzen. Sie stelle fest, dass sich abends sehr viele Jugendliche auf den Spielplätzen tummelten, mit Bierflaschen in der Hand etc. Sie finde dies nicht gut.

Hauptsächlich sei ihr dies am Spielplatz Zellerstraße bei der Bushaltestelle aufgefallen. Zum Verkehr bemerkt sie, der Bus der Linie 41, der in Richtung Lerchenrainstraße fahre, brauche manchmal fast so lange wie „Stuttgart 21“.

Herr Bezirksvorsteher Kellermann stellt klar, dass, wenn Jugendliche mit Alkohol und unter Hinterlassung von Scherben sich auf Spielflächen aufhielten, dies eine Missnutzung der Flächen darstelle. Auf Spielplätzen gelte eigentlich Alkoholverbot. Hier sei man aber auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. Wenn Scherben vorhanden seien, solle dies gemeldet werden. Wenn abends zu viel los sei, müsse man die Polizei anrufen, die sich dann darum kümmere. Man könne allerdings nicht ständig an den Spielplätzen Wache halten.

Bürger 14

Die Bürgerin verweist auf die Begrüßungsrede von Herrn Oberbürgermeister Kuhn und bittet um Information, wie hoch die Mittel seien, die die Stadt für den sozialen Wohnungsbau angedacht habe.

Beim Thema Feinstaub sei sie der Auffassung, dass das Klima nicht viel besser werde, wenn vielleicht 1 oder 2 % mehr Radfahrer unterwegs seien. Sie wolle wissen, was hier sonst noch geschehen solle.

Weiter solle eine Downhillstrecke für relativ wenige Jugendliche für etwa eine viertel Mio. € gebaut werden, und zwar im Probetrieb für zwei Jahre. Was sie nicht verstehe sei, dass man etwas baue, was nach zwei Jahren eventuell wieder gekippt werde und das in einem Landschaftsschutzgebiet.

Auch habe sie gelesen, dass in Esslingen eine solche Strecke verboten worden sei. Sie selbst habe fast einmal einen Zusammenstoß mit solchen Downhillfahrern gehabt und halte diese gefährlich für Fußgänger.

Frau Bürgermeisterin Dr. Eisenmann erklärt, die Strecke werde bereits seit vielen Jahren genutzt und es gebe gefährliche Situationen. Dies sei der Hintergrund, dass der Gemeinderat beschlossen habe, eine solche Strecke legal einzurichten mit dem Ziel, dass es keine direkte Begegnung mehr zwischen Fußgängern und Radfahrern gebe. Strecken und Hindernisse würden so gebaut, um Kollisionen zu vermeiden. Die Strecke werde insgesamt sicherer. Downhill werde in Stuttgart gefahren, dies sei eine Tatsache. Die Strecke genieße eine besondere Attraktivität, was bekannt sei. Der Verwaltung gehe es deshalb darum, dort die Sicherheit zu gewährleisten, vor allem für die Fußgänger. Man habe deshalb einen Streckenverlauf gewählt, der diese Sicherheit auch mit sich bringe. Die Beschränkung auf zwei Jahre habe man gewählt, um eine Auswertung machen zu können, welche Auswirkungen dies auf andere Strecken in Stuttgart habe und wie man insgesamt damit umgehe. Es würden auch lediglich 140.000 € investiert und keine viertel Million. Zielsetzung sei, wenn sich die Strecke bewähre, diese zu erhalten und die Sicherheit für die Sportler vor allem aber auch für die Fußgänger zu gewährleisten. Der Baubeginn für diese Strecke sei für Sommer dieses Jahres vorgesehen.

Man habe sieben, acht Stellen untersucht, auf denen Downhillfahrer unterwegs seien, ergänzt Herr Oberbürgermeister Kuhn.

Er appelliere an die Downhillfahrer, dass sie schließlich auch auf der neuen extra dafür eingerichteten Strecke fahren. Versuchsweise bedeute, dass man in zwei Jahren nochmals reden müsse, wenn es gar nicht klappe.

Wenn man beim sozialen Wohnungsbau alle Maßnahmen zusammen nehme, wie z. B. die Nachsubventionierung von Wohnungen, die sonst aus der Bindung herausfallen würden, komme man auf rd. 24/25 Mio. € jährlich. Eine beträchtliche Summe, aber man müsse berücksichtigen, dass der soziale Wohnungsbau in den letzten Jahren stark untergefahren worden sei.

Bürger 15

Der Bürger will wissen, was die Stadt für die Bewohner der Böheimstraße, Filderstraße, Hauptstätter Straße tue. Man ersticke förmlich im Verkehr. Am Neckartor werde dauernd die Feinstaubbelastung gemessen. Interessant wäre auch mal eine Messung an der Kreuzung vor dem Heselacher Tunnel.

Früher sei gesagt worden, dass die Lastwagen aus dem Heselacher Tunnel möglichst herausgehalten werden sollen und es habe geheißen, dass nur die Lkw reinfahren, die tatsächlich in die Innenstadt wollten. Er könne sich aber nicht vorstellen, dass alle die Lkw, die dort jetzt durchkämen, auch wirklich in die Innenstadt wollten.

Weiter habe er der Stadtreinigung schon mehrmals mitgeteilt, dass die Grünfläche rechts der Tunneleinfahrt sehr stark vermüllt sei. Die Grünfläche auf der anderen Seite sei sauber.

In der Zeitung habe er gelesen, dass die Haltestelle Staatsgalerie erst aufgehoben werde, wenn die neue fertig sei.

Wegen der Lkw bestätigt Herr Bürgermeister Hahn, dass es ein Lkw-Durchfahrtsverbot in der Stadt gebe. Dennoch würden viele Lkw in die Gesamtstadt fahren. Die Zahlen seien aber etwas zurückgegangen. Die meisten Lkw hätten aber tatsächlich die Innenstadt als Ziel.

Das Neckartor sei kein Beispiel für die ganze Stadt. Es gebe viele andere Stellen, die nicht so belastet seien. Dies hänge u. a. mit den Strömungsverhältnissen im Tal zusammen. Würde man vor dem Heselacher Tunnel messen, kämen sicherlich auch sehr beachtliche Werte heraus. Man versuche viel, um den Verkehr in diesem Bereich flüssiger zu machen. Ziel sei, in der gesamten Stadt den Verkehr zu verflüssigen, um unnötigen Feinstaubausstoß zu verhindern. Das Konzept müsse sich Stück für Stück in der ganzen Stadt durchsetzen.

Herr Oberbürgermeister Kuhn verdeutlicht, man habe im Kessel vor allem an den hauptbelasteten Straßen hohe Feinstaubwerte. Dagegen helfe nicht eine einzelne Maßnahme, sondern eine Kombination verschiedener Maßnahmen. Vor allem die Belastung mit den gesundheitsschädlichen Stickoxyden gehe zurück, wenn man Tempo 40 einführe. Man habe dies bei der Hohenheimer Straße gemacht und wolle es bei weiteren bergaufführenden Vorrangstraßen systematisch einführen.

Feinstaub entstehe nicht nur beim Fahren eines Autos. Da müsse die Autotechnik verbessert werden. Wenn die Fahrzeuge ständig abgebremst würden, werde Bremsabrieb erzeugt. Deshalb schaue man, dass der Verkehr flüssiger werde. Lieber das Gesamtsystem etwas langsamer gestalten, damit nicht so oft auf die Bremse getreten werden müsse.

Weiter könne jeder Bürger, der seine Heizung saniere und alte Heizkessel durch neue moderne Heizungsanlagen ersetze, etwas für die Luftsituation in Stuttgart tun. Hier müsse man noch verstärkt rangehen. Es gebe Überlegungen, ob sich die Stadt an der Erneuerung von Heizungen beteiligen könne, um die Heizungsumrüstungen zu beschleunigen. Gegen andere Belastungen, wie z. B. den Saharastaub, könne man nichts machen. In der Summe müssten alle Sachen abgestellt werden, die die Feinstaubbelastung verstärkten, und geschaut werden, was wissenschaftlich aktuell sei und welche Technologien auf dem neusten Stand der Forschungen seien. Jeder, der auf das Auto verzichte und dafür mit der Stadtbahn fahre, mache etwas gegen die Feinstaubbelastung und trage zur Verbesserung der Luftqualität in der Stadt bei.

Bürger 16

Der Bürger möchte gerne wissen, was in der Karl-Kloß-Straße gemacht werde und weshalb man in Stuttgart-Süd ein Einkaufszentrum baue, wenn es eine direkte Anbindung in die Innenstadt sowie nach Vaihingen habe, wo man auch gut einkaufen könne. Weiter gebe es eine perfekte Anbindung nach Bad Cannstatt, wo ebenfalls ein großes Einkaufszentrum sei. Hier würden die kleinen Läden verdrängt und man müsse sich darum kümmern, dass dort verstärkt eingekauft werde. Die Verbraucher gingen offenbar lieber in ein großes Einkaufszentrum, als in mehreren kleinen Läden einzukaufen.

Bürger 17

Der Bürger berichtet, in der Karl-Kloß-Straße habe es letztes Jahr einen Erdbeben gegeben. Jetzt gebe es wieder drei, vier kritische Stellen. Sobald die Autobahn zu sei, kämen die ganzen Lkw die Karl-Kloß-Straße herunter und würden durch den Tunnel hoch zum Schattenring fahren und dann nach Leonberg. Dadurch könnten für 20 km Mautgebühr gespart werden. Die Karl-Kloß-Straße sei seines Erachtens nicht für Lkw über 7,5 t gebaut. Hier müsse etwas geschehen. Er gehe davon aus, dass die Straße im Sommer wieder abrutsche. Wegen des Heslacher Tunnels seien mehrere Grundwassersenkungen vorgenommen worden. Auch dies bewirke, dass sich das Erdreich absetze.

Am Erwin-Schoettle-Platz gebe es ein Schild für alle Schwerlastfahrzeuge, dass diese geradeaus hochfahren müssen. Er verstehe nicht, was dies solle. Die Karl-Kloß-Straße werde von der Böheimstraße aufwärts bis zur Bushaltestelle als Rennstrecke missbraucht. Vor kurzem sei die Verkehrsinsel beschädigt worden.

Er fahre selbst viel mit dem Fahrrad und habe festgestellt, dass es in der Karl-Kloß-Straße tiefe Rillen in dem Bereich gebe, wo die Straße abrutsche.

Er habe auch gehört, dass die Karl-Kloß-Straße zum Straßenbauamt Kirchheim gehöre. Beim letzten Abrutsch habe er sich mit dem Bauleiter vor Ort unterhalten, der auch nicht richtig Bescheid gewusst habe. Es müsse dringend etwas unternommen werden.

Bürger 18

Der Bürger äußert, ihm fehle es, dass auf die Stärken der Stadt gesetzt werde. Anders als andere Leute lobe er seine Stadt.

Es gebe viele ehemalige Bürger, die sich gerne an Stuttgart zurückerinnerten. Stuttgart sei eine wunderschöne Stadt. Z. B. gebe es den Schimmelhüttenweg, den Blauen Weg oder die Staffeln. Warum werde nicht darüber geredet, die Staffeln schön zu machen, als über Fahrradwege, die von sich aus schon nicht schön seien. Er frage sich, warum es kein Schimmelhüttenfest mehr gebe.

Seien die Staffeln schön, könne immer noch an Radwege gedacht werden. Er selbst habe kein Fahrrad, es gebe ja welche zum Ausleihen. Eigentlich sei Stuttgart eine fußgängergerechte Stadt, die ohne große Kosten ausgebaut werden könne.

Herr Bürgermeister Hahn bestätigt, dass sich die Karl-Kloß-Straße in keinem guten Zustand befinde. Jedoch würden ständig Maßnahmen ergriffen, um die Straße verkehrsfähig zu halten. Der Verkehr suche sich immer andere Wege, wenn die Autobahn mal zu sei. Er könne sich nicht vorstellen, dass jemand durch diesen Umweg von der Autobahn herunter etwas sparen könne. Es gebe einen Auftrag vom Bezirksbeirat an die Verwaltung, sich um die Karl-Kloß-Straße zu kümmern. Es handle sich um eine schmale Straße, die keine hohen Geschwindigkeiten erlaube und die dem Geländeverlauf gut angepasst sei. Man müsse sich überlegen, ob und wie der Schwerlastverkehr gezügelt werden könne.

Um die Staffeln habe sich der Gemeinderat gekümmert. Hierfür seien Mittel von jährlich ca. 200.000 € eingestellt worden. Bei der großen Zahl an Staffeln in Stuttgart komme man damit vielleicht nicht sehr weit, aber es sei ein Anfang, dass man sich die wichtigsten vornehmen und diese besondere Qualität der Stadt herausheben könne. Er stimme zu, dass in Stuttgart viel weniger gelaufen werde, als die Qualität der Fußwege herbe. Niemand könne behaupten, man könne nicht laufen, weil es in der Stadt keine richtigen Verbindungen gebe. Diese seien da und man müsse sie für sich entdecken.

Abschließend bemerkt Herr Oberbürgermeister Kuhn, in der Tat seien die Mittel für die Staffeln in dem Haushalt erhöht worden. Mit den Staffeln habe Stuttgart ein einzigartiges Wegenetz. Den ganzen Abend werde über die Fragestellung Mobilität und Verkehr diskutiert. Es sei auch wichtig, dass mehr Leute dieses Stäffesystem nutzten. Man müsse es ausbessern, wo es notwendig sei. Nutze man diese Möglichkeit, müsse man nicht ständig in ein Fitnessstudio.

Abschließend stellt Herr Oberbürgermeister Kuhn fest, eine Zusammenfassung der heutigen Versammlung sei nicht nötig. Alle Fragen, die im Netz gestellt worden seien oder auf die man noch detaillierter eingehen wolle, würden noch beantwortet. Gebe es weitere Fragen könnten diese über Herrn Kellermann oder direkt bei der Stadtverwaltung gestellt werden.

Damit schließt der Vorsitzende die Versammlung und wünscht allen Anwesenden einen guten Heimweg.